

17. Februar 2016

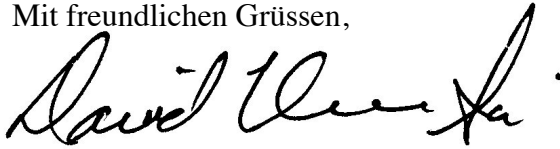
Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts
Postfach 2720
CH 6501 Bellinzona/TI

Betr.: Beschwerde gegen die Verfügung der Schweizerischen Bundesanwaltschaft vom 28.
Januar 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

Beiliegend finden Sie eine Beschwerde gegen die Nichtanhandnahmeverfügung der
Schweizerischen Bundesanwaltschaft vom 28. Januar 2016.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'David Keanu Sai', written in a cursive style.

Dr. David Keanu Sai

BESCHWERDEKAMMER DES BUNDESSTRAFGERICHTS

BESCHWERDE

Dr. [REDACTED] ai
[REDACTED] E

Bevollmächtigter der Beschwerdeführer

Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts
Postfach 2720
6501 Bellinzona/TI

BESCHWERDE
(Entsprechend Art. 393 ff. StPO)

Die Beschwerdeführer Kale Kepekai Gumapac und [REDACTED] (hiernach kollektiv als BESCHWERDEFÜHRER bezeichnet), erheben hiermit durch ihren Bevollmächtigten höflich Beschwerde gegen die Entscheidung der Schweizerischen Bundesanwaltschaft (hiernach als BUNDESANWALTSCHAFT bezeichnet) vom 28. Januar 2016 betreffend der Strafanzeige wegen Kriegsverbrechen durch BESCHWERDEFÜHRER Gumapac, einen hawaiischen Untertanen, und BESCHWERDEFÜHRER [REDACTED] entsprechend Art. 264c, Abs. 1 Bst. d und 264g Abs. 1 Bst. c StGB; Art. 108 und 109 aMStG.

I. DARSTELLUNG DER TATSACHEN:

1. Am 28. Januar 2016 verfügte die BUNDESANWALTSCHAFT, dass die Schweizer Behörden auf die Strafanzeigen wegen des Begehens von Kriegsverbrechen im Sinne von Art. 301 StPO, die am 25. August 2015 bei der BUNDESANWALTSCHAFT eingegangen waren, nicht eintreten werden.
2. Im Auftrag von Dr. Sai bestätigte Frau Testini den Eingang der Verfügung am 13. Februar 2016.
3. Gegen diesen Entscheid kann entsprechend Art. 393 ff StPO innert 10 Tagen seit der Zustellung oder Eröffnung schriftlich und begründet bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts, Postfach 2720, 6501 Bellinzona/TI, Beschwerde erhoben werden.

II. DARLEGUNG DER STREITPUNKTE UND KLAGEBEGEHREN

A. Darlegung der Streitpunkte

1. Die BUNDESANWALTSCHAFT rechtfertigte die Entscheidung, keine Ermittlungen betreffs der mutmaßlichen Kriegsverbrechen einzuleiten mit der Begründung, Straftatbestände entsprechend Art. 310, Abs. 1, Bst. a StPO seien nicht erfüllt.
2. Der Hauptgrund für die Nichteinleitung von Ermittlungen ist, dass die Vereinigten Staaten die Republik Hawai'i im Jahr 1898 angeblich annektierten, wobei behauptet wird, dass genannte Republik das vormalige Königreich Hawai'i repräsentierte. Die BUNDESANWALTSCHAFT erklärte: „Die der Annexion zugrunde liegende Resolution übertrug sämtliche

Souveränitätsrechte in und über die hawaiischen Inseln und die von Hawaii abhängigen Gebiete mit Zustimmung der Regierung der Republik Hawaii den Vereinigten Staaten von Amerika und machte diese zu amerikanischem Territorium (vgl. *55th Congress of the United States of America, Joint Resolution to Provide for Annexing the Hawaiian Islands to the United States vom 7. Juli 1898*). Am 21. August 1959 wurde Hawaii als 50. Bundesstaat in die Union der Vereinigten Staaten aufgenommen.“

3. Des Weiteren stellte die BUNDESANWALTSCHAFT fest: „Hawaii wird demnach von der offiziellen Schweiz als Teil der USA anerkannt und war im gesamten Tatzeitraum aus Schweizer Sicht weder vollständig noch teilweise von den Vereinigten Staaten besetzt, was eine Anwendung der Genfer Abkommen bzw. der Haager Landkriegsordnungen und die sich darauf abstützenden Art. 108 und 109 aMStG bzw. Art. 264b ff. StGB von vornherein ausschliesst.“
4. Die BESCHWERDEFÜHRER, durch ihren Bevollmächtigten, schliessen die in dem Bericht vom 7. Dezember 2014 mit dem Titel „War Crimes Report: International Armed Conflict and the Commission of War Crimes in the Hawaiian Islands (hiernach „War Crimes Report“),“ der der oben genannten Strafanzeige beiliegt, als wie hier vollständig dargelegt, ein. Der „War Crimes Report“ kommt zu drei hauptsächlichen Schlüssen, die die rechtliche und historische Basis für die Strafanzeige der BESCHWERDEFÜHRER darstellen: (a) Das Hawaiische Königreich existierte als unabhängiger Staat; (b) das Hawaiische Königreich existiert weiterhin als unabhängiger Staat trotz des illegalen Sturzes seiner Regierung durch die Vereinigten Staaten; und (c) unter Verletzung des humanitären Völkerrechts werden Kriegsverbrechen begangen.
5. Die Abstützung der BUNDESANWALTSCHAFT auf die Gemeinsame Resolution zur Annexion der Hawaiischen Inseln durch die Vereinigten Staaten vom 7. Juli 1898 ist klar fehlerhaft, und zwar in vier grundsätzlichen Punkten. *Erstens*, Gesetze des Kongresses der Vereinigten Staaten sind keine Quelle des Völkerrechts; *zweitens*, es gibt keine Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und der selbst-erklärten Republik Hawai‘i, die nach dem Recht der USA oder nach dem Völkerrecht erkenntlich wäre; *drittens*, die Schweiz war sich der Kontinuität des Hawaiischen Königreichs als Staat bewusst, als ein internationales Schiedsgerichtsverfahren unter der Schirmherrschaft des Haager Ständigen Schiedshofes von 1999 bis 2001 stattfand; und *viertens*, die BUNDESANWALTSCHAFT ist präkludiert, die Existenz des Hawaiischen Königreiches als Staat zu verneinen.

a. Gesetze des Kongresses der Vereinigten Staaten sind keine Quelle des Völkerrechts.

6. Quellen des Völkerrechts sind, in Rangfolge: Internationale Übereinkünfte, internationales Gewohnheitsrecht, allgemeine Rechtsgrundsätze wie sie von den Kulturvölkern anerkannt werden, und richterliche Entscheidungen sowie die Lehrmeinungen der fähigsten Völkerrechtler der verschiedenen Nationen.¹ Die Gesetzgebung eines jeden unabhängigen Staates, einschliesslich der Vereinigten Staaten von Amerika und ihres Kongresses, ist keine Quelle des Völkerechts, sondern stattdessen eine Quelle nationalen Rechts des Staates, dessen Legislative solche Gesetze beschlossen hat. In *The Lotus* hat der internationale Gerichtshof folgendes festgestellt: “Now the first and foremost restriction imposed by international law upon a State is that—failing the existence of a permissive rule to the contrary—it may not exercise its power in any form in the territory of another State.”² Crawford zufolge kann eine Beeinträchtigung dieses Prinzips nicht vermutet werden, was er als *Lotus*-Rechtsvermutung [‘*Lotus* presumption’] bezeichnet.³
7. Da Gesetzgebung des Kongresses der Vereinigten Staaten, ob aufgrund eines Statuts oder einer Gemeinsamen Resolution, keine extraterritoriale Wirkung ausübt, ist dies keine Quelle des Völkerrechts, welche “Beziehungen zwischen unabhängigen Staaten reguliert (“which governs relations between independent States”).”⁴ Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat dieses Prinzip immer beherzigt. In *United States v. Curtiss Wright Export Corp.* erklärte der Oberste Gerichtshof der USA: “Neither the Constitution nor the laws passed in pursuance of it have any force in foreign territory unless in respect of our own citizens, and operations of the nation in such territory must be governed by treaties, international understandings and compacts, and the principles of international law.”⁵ In *The Apollon* befand der Oberste Gerichtshof: “The laws of no nation can justly extend beyond its own territories except so far as regards its own citizens. They can have no force to control the sovereignty or rights of any other nation within its own jurisdiction.”⁶

¹ Artikel 38, Statut des Internationalen Gerichtshofs.

² *Lotus*, PCIJ ser. A no. 10 (1927) 18.

³ JAMES CRAWFORD, *THE CREATION OF STATES IN INTERNATIONAL LAW* 41-42 (2nd ed. 2006).

⁴ Cf. *Lotus*, 18.

⁵ *United States v. Curtiss Wright Export Corp.*, 299 U.S. 304, 318 (1936).

⁶ *The Apollon*, 22 U.S. 362, 370 (1824).

8. Falls die Schweiz also behaupten sollte, nationales Recht hätte die Fähigkeit, einen fremden Staat zu annektieren, so käme dies einer Anerkennung der angeblichen Annexion Luxemburgs durch Deutschland während des 2. Weltkriegs und der angeblichen Annexion Kuwaits durch den Irak während des Golfkriegs gleich. Des weiteren sind die Vereinigten Staaten (ebenso wie die Schweiz) präkludiert, von ihrer illegalen Handlung zu profitieren, getreu dem völkerrechtlichen Prinzip *ex iniuria jus non oritur* – ‚aus Unrecht entsteht kein Recht,‘ was heute als *jus cogens* anerkannt ist. Brownlie schreibt dazu: “When elements of certain strong norms (the *jus cogens*) are involved, it is less likely that recognition and acquiescence will offset the original illegality”⁷

b. Es existiert keine Übereinkunft zwischen den Vereinigten Staaten und der selbst-erklärten Republik Hawai‘i.

9. In zwischenstaatlichen Beziehungen ist der Präsident das einzige Organ der Bundesregierung der Vereinigten Staaten, nicht der Kongress; und es ist der Präsident, der internationale rechtliche Übereinkommen abschliesst. “He makes treaties with the advice and consent of the Senate, but he alone negotiates. Into the field of negotiations the Senate cannot intrude, and Congress itself is powerless to invade it.”⁸ Die Vereinigten Staaten anerkennen zwei Arten von internationalen Übereinkommen – Verträge und Exekutive Übereinkommen [‘executive agreements’]. Ein Vertrag bedeutet “a compact made between two or more independent nations with a view to the public welfare.”⁹
10. Gemäss dem Recht der Vereinigten Staaten umfassen Verträge, wie sie in Artikel II, §2 der Bundesverfassung [Federal Constitution] definiert sind, auch Exekutive Übereinkommen, die keine Ratifizierung seitens des Senats oder eine Zustimmung seitens des Kongresses benötigen.¹⁰ In *Weinberger v. Rossi* bezog sich der Oberste Gerichtshof auf Verträge im Sinne der Verfassung sowohl in Bezug auf Verträge im engeren Sinne als auch auf Exekutive Übereinkommen,¹¹ und in *Altman & Co. v. United States* definierte der Oberste Gerichtshof Exekutive Übereinkommen als Verträge.¹²

⁷ I. BROWNLIE, PRINCIPLES OF PUBLIC INTERNATIONAL LAW 80 (4th ed. 1990).

⁸ *United States v. Curtiss Wright Export Corp.*, at 318.

⁹ *Altman & Co. v. United States*, 224 U.S. 583, 600 (1912).

¹⁰ Cf. *United States v. Belmont*, 301 U.S. 324, 330 (1937); *United States v. Pink*, 315 U.S. 203, 223 (1942); und *American Insurance Ass. v. Garamendi*, 539 U.S. 396, 415 (2003).

¹¹ *Weinberger v. Rossi*, 456 U.S. 25 (1982).

¹² *Altman & Co. v. United States*, 224 U.S. 583 (1912).

11. Die Behauptung der BUNDESANWALTSCHAFT, dass die sogenannte Republik Hawai‘i der Gemeinsamen Resolution [Joint Resolution] bezüglich der Annexion zustimmte, impliziert die Existenz einer internationalen Übereinkunft, ob in Form eines Vertrags oder einer Exekutiven Übereinkunft. Es existiert kein solches Übereinkommen. Diese Behauptung einer Zustimmung der sogenannten Republik Hawai‘i lässt sich vermutlich auf die Gemeinsame Resolution selbst zurückführen, wo es heisst: “Whereas the government of the Republic of Hawaii having, in due form, signified its consent, in the manner provided by its constitution, to cede absolutely and without reserve to the United States of America all rights of sovereignty of whatsoever kind in and over the Hawaiian islands and their dependencies.”¹³ Eine Gemeinsame Resolution stellt keinen Vertrag zwischen zwei Staaten dar, sondern ist ein Übereinkommen zwischen dem Repräsentantenhaus und dem Senat des Amerikanischen Kongresses.

12. Diese sogenannte Zustimmung bezog sich auf den Annexionsvertrag vom 16. Juni 1897, der in Washington, D.C., von der sogenannten Republik Hawai‘i und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten William McKinley unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag wurde aber vom Senat der Vereinigten Staaten nicht ratifiziert, und zwar auf Grund eines von Königin Lili‘uokalani eingereichten diplomatischen Protests und einer Petition von 21,269 Unterschriften hawaiischer Untertanen und Einwohner des Hawaiischen Königreichs, die sich gegen den Versuch einer Annexion durch Vertrag wandten, eine Tatsache, die Teil des Protokolls des Senats vom Dezember 1897 ist.¹⁴

13. Die Gemeinsame Resolution wurde als Resolution des Repräsentantenhauses Nr. 259 am 4. Mai 1898 eingebracht, nachdem der Senat nicht genügend Stimmen zusammenbringen konnte, um den sogenannten Annexionsvertrag zu ratifizieren. Während der Debatte im Senat wandte sich eine Reihe von Senatoren gegen die Theorie, dass eine Gemeinsame Resolution es vermöge, eine Annexion von fremdem Territorium vorzunehmen. Senator Augustus Bacon erklärte: “The proposition which I propose to discuss is that a measure which provides for the annexation of foreign territory is necessarily, essentially, the subject matter of a treaty, and that the assumption of the House of Representatives in the passage of the bill and the proposition on the part of the Foreign Relations Committee that the Senate shall pass the bill, is utterly

¹³ 30 U.S. Stat. 750 (1898).

¹⁴ “War Crimes Report,” Abs. 5.10.

without warrant in the Constitution.”¹⁵ Senator William Allen erklärte: “A Joint Resolution if passed becomes a statute law. It has no other or greater force. It is the same as if it would be if it were entitled ‘an act’ instead of ‘A Joint Resolution.’ That is its legal classification. It is therefore impossible for the Government of the United States to reach across its boundary into the dominion of another government and annex that government or persons or property therein. But the United States may do so under the treaty making power.”¹⁶ Senator Thomas Turley erklärte: “The Joint Resolution itself, it is admitted, amounts to nothing so far as carrying any effective force is concerned. It does not bring that country within our boundaries. It does not consummate itself.”¹⁷

14. In einer Rede im Senat, wobei die Senatoren wussten, dass der Vertrag von 1897 nicht ratifiziert worden war, erklärte Senator Stephen White: “Will anyone speak to me of a ‘treaty’ when we are confronted with a mere proposition negotiated between the plenipotentiaries of two countries and unratified by a tribunal – this Senate – whose concurrence is necessary? There is no treaty; no one can reasonably aver that there is a treaty. No treaty can exist unless it has attached to it not merely acquiescence of those from whom it emanates as a proposal. It must be accepted – joined in by the other party. This has not been done. There is therefore, no treaty.”¹⁸ Senator Allen bemängelte auch, dass die Gemeinsame Resolution kein Kontrakt oder Übereinkommen mit der sogenannten Republik Hawai‘i war. Er erklärte: “Whenever it becomes necessary to enter into any sort of compact or agreement with a foreign power, we cannot proceed by legislation to make that contract.”¹⁹

15. Westel Willoughby, ein Verfassungsexperte der Vereinigten Staaten, äusserte sich folgendermassen: “The constitutionality of the annexation of Hawaii, by a simple legislative act, was strenuously contested at the time both in Congress and by the press. The right to annex by treaty was not denied, but it was denied that this might be done by a simple legislative act... Only by means of treaties, it was asserted, can the relations between States be governed, for a legislative act is necessarily without extraterritorial force – confined in its operation to the territory of the State by whose legislature it is

¹⁵ 31 Cong. Rec. 6145 (20. Juni 1898).

¹⁶ Id., 6636 (4. Juli 1898).

¹⁷ Id., 6339 (25. Juni 1898).

¹⁸ Id., Appendix, 591 (21. Juni 1898).

¹⁹ Id., 6636 (4. Juli 1898).

enacted.”²⁰ Dies wäre analog zu der Vorstellung, die Vereinigten Staaten könnten durch den Beschluss einer Gemeinsamen Resolution einseitig die Schweiz annektieren. Des Weiteren hat 1988 der Bundesjustizminister [‘Attorney General’] der Vereinigten Staaten diese Kongressprotokolle begutachtet und folgendes festgestellt: „Ungeachtet dieser verfassungsrechtlichen Beanstandungen verabschiedete 1898 der Kongress die Gemeinsame Resolution, und Präsident McKinley unterzeichnete die Massnahme. Dennoch ist es natürlich fragwürdig, ob diese Handlung das verfassungsmässige Recht des Kongresses demonstriert, Territorium zu erwerben (“Notwithstanding these constitutional objections, Congress approved the joint resolution and President McKinley signed the measure in 1898. Nevertheless, whether this action demonstrates the constitutional power of Congress to acquire territory is certainly questionable”).”²¹ Der Justizminister [‘Attorney General’] kam dann zu folgendem Schluss: „Es ist daher unklar, welches verfassungsmässige Recht der Kongress ausübte, als er sich Hawai‘i durch eine Gemeinsame Resolution aneignete (“It is therefore unclear which constitutional power Congress exercised when it acquired Hawaii by joint resolution”).“²²

16. Die sogenannte Republik Hawai‘i war die Nachfolgerin einer provisorischen Regierung, die sich illegalerweise am 17. Januar 1893 infolge einer Intervention der Vereinigten Staaten etablierte.²³ Eine Untersuchung des Präsidenten stellte fest, dass die Vereinigten Staaten die hawaiische Regierung illegalerweise gestürzt hatten und kam zu dem Schluss, dass die provisorische Regierung „weder eine Regierung *de facto* noch *de jure* (“neither a government *de facto* nor *de jure*“),“²⁴ sondern selbst-erklärt war.
17. Als die provisorische Regierung am 4. Juli 1894 ihren Namen in „Republik Hawai‘i“ umänderte, erwarb sie sich keine weitere Autorität und verblieb selbst-erklärt.²⁵ Dies wurde vom 103. Kongress in einer Gemeinsamen Resolution anerkannt: *Joint resolution to acknowledge the 100th anniversary of the January 17 overthrow of the Kingdom of Hawai‘i, and to offer an apology to the Native Hawaiians on behalf of the United States for the overthrow of the Kingdom of Hawai‘i.*²⁶ Diese Gemeinsame Resolution

²⁰ “War Crimes Report,” Abs. 5.9.

²¹ Douglas Kmiec, Department of Justice, *Legal Issues Raised by Proposed Presidential Proclamation To Extend the Territorial Sea*, in 12 OPINIONS OF THE OFFICE OF LEGAL COUNSEL, 238, 252 (1988).

²² Id.

²³ Cf. “War Crimes Report,” Abs. 4.8.

²⁴ Id., Abs. 4.2.

²⁵ Id., Abs. 9.5.

²⁶ 107 U.S. Stat. 1510 (1993).

erklärte: “*Whereas*, through the Newlands Resolution, the self-declared Republic of Hawai‘i ceded sovereignty over the Hawaiian Islands to the United States.”²⁷

18. Selbst-erklärt [‘self-declared’] bedeutet gemäss *Collins English Dictionary*, “according to ones’s own testimony or admission.” Selbst-erklärt bedeutet ebenfalls selbst-proklamiert [‘self-proclaimed’], definiert als “giving yourself a particular name, title, etc., usually without any reason or proof that would cause other people to agree with you (*Merriam-Webster Dictionary*).“ Ein selbst-deklariertes Gebilde ist keine Regierung eines vom Völkerrecht anerkannten Staats, ausgenommen dass es diesen Status entweder *de facto* oder *de jure* angenommen hat. Ein selbst-erklärtes Gebilde konnte infolgedessen nicht die Souveränität des hawaiischen Staates an die Vereinigten Staaten übergeben.

c. Die Schweiz war sich der Kontinuität des Hawaiischen Königreichs als Staat bewusst, als ein internationales Schiedsgerichtsverfahren unter der Schirmherrschaft des Haager Ständigen Schiedshofes von 1999 bis 2001 stattfand

19. Die Okkupation [‘belligerent occupation’] des Hawaiischen Königreichs durch die Vereinigten Staaten ist zwischenstaatlich präzedenzlos und dauert seit fast 118 Jahren an. Dennoch wird die Kontinuität des Hawaiischen Königreichs als Staat unter dem Völkerrecht aufrechterhalten, trotz des ungesetzlichen Sturzes der Hawaiischen Regierung durch die Vereinigten Staaten und der langwierigen Besetzung durch letztere seit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg. Richter Crawford schreibt dazu: “There is a strong presumption that the State continues to exist, with its rights and obligations...despite a period in which there is no...government. Belligerent occupation does not affect the continuity of the State, even where there exists no government claiming to represent the occupied State.”²⁸

20. Im Jahre 1996 wurden im Rahmen der Notstandsdoktrin Abhilfemassnahmen getroffen, um die hawaiische Regierung, wie sie unter Ihrer Majestät Königin Lili‘uokalani am 17. Januar 1893 bestand, wiedereinzusetzen.²⁹ Im Einklang mit der Hawaiischen Verfassung und dem Prinzip der Notwendigkeit wurde ein Regentschaftsrat eingesetzt, um in Abwesenheit eines Monarchen die

²⁷ Id.

²⁸ Cf. CRAWFORD, 34.

²⁹ Cf. “War Crimes Report,” Appendix III—The *acting* Government of the Hawaiian Kingdom.

Exekutive zu leiten.³⁰ In *Madzimbamuto v. Lardner-Burke* stellt Lord Pearce fest, dass es gewisse Beschränkungen des Notwendigkeitsprinzips gibt, “namely (a) so far as they are directed to and reasonably required for ordinary orderly running of the State, and (b) so far as they do not impair the rights of citizens under the lawful...Constitution, and (c) so far as they are not intended to and do not run contrary to the policy of the lawful sovereign.”³¹ De Smith zufolge können Abweichungen von der verfassungsmässigen Ordnung eines Staates „aufgrund der Notwendigkeit gerechtfertigt sein” (“can be justified on grounds of necessity”).³² Er (De Smith) erklärt des weiteren: “State necessity has been judicially accepted in recent years as a legal justification for ostensibly unconstitutional action to fill a vacuum arising within the constitutional order [and to] this extent it has been recognized as an implied exception to the letter of the constitution.”³³

21. Kraft eines solchen Vorgehens wurde eine provisorische Regierung aufgestellt, bestehend aus *de facto* Handlungsbevollmächtigten—nicht zu verwechseln mit einer *de facto* Regierung, die seitdem das Hawaiische Königreich als Staat vertritt, was vom Sekretariat des Ständigen Schiedshofs (,Permanent Court of Arbitration,‘ hiernach „PCA“) in *Larsen v. Hawaiian Kingdom* explizit anerkannt wurde.³⁴ Vom 8. November 1999 bis zum 5. Februar 2001 wurde ein internationales Schiedsgerichtsverfahren abgehalten,

³⁰ Die Einsetzung der Hawaiischen Regentschaft war analog zur Einsetzung der belgischen Regentschaft im Jahre 1940, nachdem der belgische König von deutschen Streitkräften gefangengenommen worden war. Oppenheimer schreibt dazu: “As far as Belgium is concerned, the capture of the king did not create any serious constitutional problems. According to Article 82 of the Constitution of February 7, 1821, as amended, the cabinet of ministers have to assume supreme executive power if the King is unable to govern. True, the ministers are bound to convene the House of Representatives and the Senate and to leave it to the decision of the united legislative chambers to provide for a regency; but in view of the belligerent occupation it is impossible for the two houses to function. While this emergency obtains, the powers of the King are vested in the Belgian Prime Minister and the other members of the cabinet.” F.E. Oppenheimer, “Governments and Authorities in Exile,” 36 AMERICAN JOURNAL OF INTERNATIONAL LAW 569 (1942).

³¹ *Madzimbamuto v. Lardner-Burke*, 1 A.C. 645, 732 (1969).

³² STANLEY A. DE SMITH, CONSTITUTIONAL AND ADMINISTRATIVE LAW, 80 (1986).

³³ Id. Das Prinzip der Notwendigkeit wird auch in Artikel 9 der *Draft articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts* (2001) behandelt—“The conduct of a person or group of persons shall be considered an act of a State under international law if the person or group of persons is in fact exercising elements of the governmental authority in the absence or default of the official authorities and in circumstances such as to call for the exercise of those elements.” Die Völkerrechtskommission schreibt dazu: “Article 9 establishes three conditions which must be met in order for conduct to be attributable to the State: first, the conduct must effectively relate to the exercise of elements of the governmental authority, secondly, the conduct must have been carried out in the absence or default of the official authorities, and thirdly, the circumstances must have been such as to call for the exercise of those elements of authority.” *Draft articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts, with commentaries* (2001), Text adopted by the International Law Commission at its fifty-third session, in 2001, and submitted to the General Assembly as a part of the Commission’s report covering the work of that session (A/56/10), p. 49.

³⁴ Permanent Court of Arbitration Case Repository, Case View, *Lance Paul Larsen v. The Hawaiian Kingdom* (1999-2001), einsehbar unter <http://www.pccases.com/web/view/35>.

unter der institutionellen Zuständigkeit des PCA, welche eine Streitschlichtung zwischen einem „Staat“ und einer „Privatpartei“ vorsieht. Der Unterzeichnete kennt sich mit diesem Schiedsverfahren bestens aus, denn er diente als Bevollmächtigter für das Hawaiische Königreich.

22. Ursprünglich beschränkte sich die Zuständigkeit des PCA auf Dispute zwischen Staaten, aber der Gerichtshof hat seitdem seine institutionelle Zuständigkeit erweitert, so dass diese jetzt Streitigkeiten zwischen einem „Staat und einer internationalen Organisation (d.h. einer zwischenstaatlichen Organisation), zwei oder mehreren internationalen Organisationen, einem Staat und einer Privatpartei, oder einer internationalen Organisation und einer Privatpartei (“ [a] State and an international organization (i.e. an intergovernmental organization); Two or more international organizations; [a] State and a private party; and [an] international organization and a private party.”)³⁵ einschliesst.
23. Der Disput zwischen Larsen (Privatpartei) und dem Hawaiischen Königreich (Staat) konzentrierte sich auf den Vorwurf der Nachlässigkeit, wobei folgendermassen argumentiert wurde: “(a) Lance Paul Larsen, a Hawaiian subject, alleges that the Government of the Hawaiian Kingdom is in continual violation of its 1849 Treaty of Friendship, Commerce and Navigation with the United States of America, and in violation of the principles of international law laid [down] in the Vienna Convention on the Law of Treaties, 1969, by allowing the unlawful imposition of American municipal laws over claimant’s person within the territorial jurisdiction of the Hawaiian Kingdom; (b) Lance Paul Larsen, a Hawaiian subject, alleges that the Government of the Hawaiian Kingdom is also in continual violation of the principles of international comity by allowing the unlawful imposition of American municipal laws over the claimant’s person within the territorial jurisdiction of the Hawaiian Kingdom.”³⁶
24. Im *American Journal of International Law* ist darüber zu lesen: “At the center of the PCA proceeding was...that the Hawaiian Kingdom continues to exist and that the Hawaiian Council of Regency (representing the Hawaiian Kingdom) is legally responsible under international law for the protection of Hawaiian subjects, including the claimant. In other words, the Hawaiian Kingdom was legally obligated to protect Larsen from the United States’

³⁵ United Nations Conference on Trade and Development, *Dispute Settlement – General Topics: 1.3 Permanent Court of Arbitration*, 15 (2003), einsehbar unter http://unctad.org/en/docs/edmmisc232add26_en.pdf.

³⁶ Id., siehe auch *Larsen v. Hawaiian Kingdom*, 569.

‘unlawful imposition [over him] of [its] municipal laws’ through its political subdivision, the State of Hawaii. As result of this responsibility, Larsen submitted, the Hawaiian Council of Regency should be liable for any international law violations that the United States had committed against him.”³⁷

25. Folgende Schilderung der Ereignisse ist der als Anlage „1“ beigefügten Erklärung des Unterzeichneten entnommen:

1. Ich habe von 1999 bis 2001 in einem unter der Schirmherrschaft des Ständigen Schiedshofs („Permanent Court of Arbitration,“ hiernach „PCA“) abgehaltenen Schiedsverfahren, *Lance Paul Larsen v. The Hawaiian Kingdom*, als Bevollmächtigter für das Hawaiische Königreich gedient.
2. Bevor das *ad hoc* Schiedsgericht eingesetzt wurde, ersuchte Generalsekretär van den Hout vom Internationalen Amt des PCA den Unterzeichneten, in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Hawaiischen Königreichs, eine formelle Einladung an die Vereinigten Staaten von Amerika zu richten, an dem Schiedsverfahren teilzunehmen. Der Generalsekretär ersuchte den Unterzeichneten darum, diese Einladung zu dokumentieren und beim Sekretariat des PCA einreichen zu lassen.
3. Die Hawaiische Regierung sah diese Handlung als eine tatsächliche Kundmachung gegenüber den Vereinigten Staaten, dass das Hawaiische Königreich als Staat weiterbesteht und seine Regierung in einem internationalen Schiedsverfahren mit einem Hawaiischen Untertanen involviert ist. Die Hawaiische Regierung erkannte auch, dass diese Handlung entscheiden würde, ob der PCA institutionelle Zuständigkeit hat, bevor er die Einsetzung eines *ad hoc* Schiedsgerichts ermöglichen konnte.
4. Am 3. März 2000 wurde in Washington, D.C., ein Konferenzgespräch zwischen John Crook, Assistierender Rechtsberater für Angelegenheiten der Vereinten Nationen [„Assistant Legal Advisor for United Nations Affairs“] im amerikanischen Aussenministerium [„Department of State“], dem Unterzeichneten als Bevollmächtigtem der Hawaiischen Regierung, und Frau Ninia Parks, *Esquire*, der Anwältin von Lance Paul Larsen, durchgeführt. Mit Zustimmung des Klägers lud dabei die Hawaiische Regierung formell die Vereingten Staaten ein, an dem Schiedsverfahren teilzunehmen.
5. Nach dem Konferenzgespräch wurde am gleichen Tag Herrn Crook ein das Gespräch bestätigender Brief zugestellt, und eine

³⁷ Bederman & Hilbert, *Arbitration—UNCITRAL Rules—justiciability and indispensable third parties—legal status of Hawaii*, 95 AMERICAN JOURNAL OF INTERNATIONAL LAW 927, 928 (2001).

Kopie des Briefes wurde an das Sekretariat des PCA überstellt.³⁸ Später im gleichen Monat teilte die Botschaft der Vereinigten Staaten in Den Haag dem PCA mit, dass die Vereinigten Staaten an dem Schiedsverfahren nicht teilnehmen würden, aber die Hawaiischen Regierung und Larsen um Erlaubnis bitten würden, Zugang zu allen Prozessakten zu bekommen. Die Erlaubnis hierfür wurde erteilt, was als explizite Anerkennung der Kontinuität des Hawaiischen Königreichs als Staat und seiner Regierung durch die Vereinigten Staaten diente.

6. Nachdem das Sekretariat des PCA verifiziert hatte, dass es in Bezug auf das Weiterbestehen des Hawaiischen Königreichs als Staat seitens der Vereinigten Staaten keine Infragestellung gab, wurde das *ad hoc* Schiedsgericht im April 2000 eingesetzt, und darauffolgend Schriftsätze eingereicht, und im Dezember 2000 im Verhandlungssaal des PCA eine mündliche Verhandlung abgehalten.³⁹
7. Das Schiedsgericht bestand aus Professor James Crawford, SC, als Vorsitzendem Richter, und Professor Christopher Greenwood, QC, und Gavan Griffith, QC, als beisitzenden Richtern. Professor Crawford und Professor Greenwood fungieren jetzt als Richter am Internationalen Gerichtshof [„International Court of Justice“].
8. Der Schiedsspruch wurde beim PCA am 5. Februar 2001 eingereicht. Darin wird festgestellt, dass Larsen, um seine Anschuldigung wegen Nachlässigkeit seitens der Hawaiischen Regierung aufrechtzuerhalten, die Teilanahme der Vereinigten Staaten an dem Schiedsverfahren als unentbehrliche dritte Partei benötigte, gemäss dem durch den Internationalen Gerichtshof [„International Court of Justice“] in den Fällen *the Case concerning Monetary Gold Removed from Rome*, *ICJ Reports 1954* (21 ILR 399), *the Case concerning Certain Phosphate Lands on Nauru*, *ICJ Reports 1992* (97 ILR 1), und *the Case concerning East Timor*, *ICJ Reports 1995* (105 ILR 226) formulierten Prinzip. Das Schiedsgericht kam zu dem Schluss, dass die Vereinigten Staaten eine notwendige dritte Partei sind, und deshalb das Schiedsverfahren nicht fortgeführt werden konnte.⁴⁰

³⁸ “Letter Confirming Telephone Conversation of March 3, 2000 Relating to Arbitral Proceedings at the Permanent Court of Arbitration, Lance Paul Larsen vs. The Hawaiian Kingdom,” 1 HAWAIIAN JOURNAL OF LAW & POLITICS 296 (2004), einsehbar unter http://hawaiiakingdom.org/pdf/Ltr_to_State_Dept_3_3_2000.pdf. Cf. auch “War Crimes Report,” Appendix III, Abs. 3.2.

³⁹ Die mündliche Verhandlung fand am 7., 8. und 11. Dezember 2000 im Verhandlungssaal des Ständigen Schiedshofs statt. Videoaufnahmen von Teilen der Verhandlung sind unter <https://vimeo.com/17007826> einsehbar.

⁴⁰ Cf. *Larsen v. Hawaiian Kingdom*, 598.

26. Die Schweizerische Eidgenossenschaft wurde am 29. August 1900 ein Mitgliedsstaat des PCA und bekräftigte ihre Mitgliedschaft am 11. Juli 1910, indem sie dem Haager Abkommen I von 1907 beitrug. Die Schweizerische Eidgenossenschaft hat diplomatische Vertreter, die bei den Niederlanden akkreditiert sind und ist somit ein Mitglied des Administrativen Rates [‘Administrative Council’] des PCA. In seinem jährlichen Bericht von 2001 stellte der Generalsekretär fest, dass das Schiedsverfahren *Larsen v. Hawaiian Kingdom* der vierunddreissigste Fall war, der vor den PCA gemäss Artikel 47 des Haager Abkommens I von 1907 (entspricht Artikel 26 des Haager Abkommens I von 1899) kam.⁴¹ Artikel 47 des Haager Abkommens I von 1907 sieht vor: „Die Schiedsgerichtsbarkeit des Ständigen Schiedshofs kann unter den durch die allgemeinen Anordnungen festgesetzten Bedingungen auf Streitigkeiten zwischen anderen Mächten als Vertragsmächten oder zwischen Vertragsmächten und anderen Mächten erstreckt werden, wenn die Parteien übereingekommen sind, diese Schiedsgerichtsbarkeit anzurufen.“
27. Gemäss Artikel 47 können nur vollständige souveräne Staaten kontrahierende oder nicht kontrahierende Parteien sein, weil das Haager Abkommen I von 1907 ein Vertrag gemäss dem Völkerrecht ist. Im Fall *Islands of Palmas*, der unter der Schirmherrschaft des PCA verhandelt wurde, erklärte der Richter des Schiedsgerichts: “As regards *contracts between a State...and native princes or chiefs of peoples* not recognized as members of the community of nations, they are not, in the international law sense, treaties or conventions capable of creating rights and obligations such as may, in international law, arise out of treaties.”⁴²
28. Als Mitgliedsstaat des PCA und seines Administrativen Rates [‘Administrative Council’] war sich die Schweiz der Kontinuität des Hawaiischen Königreichs als Staat voll bewusst, spätestens seit 2001, als sie den Jahresbericht vom Generalsekretär des PCA erhielt. Des weiteren wird in der Auflistung aller verhandelten Fälle auf der Internetseite des PCA [‘case view’] für den Fall *Larsen v. Hawaiian Kingdom* das Hawaiische Königreich klar als “Staat” [‘state’] identifiziert, und Lance Paul Larsen als “Privatpartei” [‘private entity’]. Die BUNDESANWALTSCHAFT wurde auf diese Identifizierung durch den PCA in einem Brief des Unterzeichneten vom 22. November 2015 aufmerksam gemacht, was in der Verfügung vom 28. Januar 2016 bestätigt

⁴¹ Annex 2—Cases Submitted to Arbitration before the Permanent Court of Arbitration, or Conducted with the Cooperation of the International Bureau, PCA Annual Report (2001), 44, einsehbar unter <https://pca-cpa.org/wp-content/uploads/sites/175/2015/12/PCA-annual-report-2001.pdf>.

⁴² *Island of Palmas* case (Netherlands/United States of America), Permanent Court of Arbitration, 2 UNITED NATIONS REPOSITORY OF INTERNATIONAL ARBITRAL AWARDS 829, 858 (1928).

wurde. Eine wahrheitsgetreue Kopie der Ansicht des Falls *Larsen v. Hawaiian Kingdom* in der Auflistung der verhandelten Fälle [‘case repository’] auf der Internetseite des PCA wurde dem Brief beigelegt und ist der hier beigelegten Erklärung des Unterzeichneten als Beilage “A” angehängt.

29. Das *de facto* Befugnis der *geschäftsführenden* Regierung des Hawaiischen Königreichs wurde seit dem Schiedsverfahren am PCA erworben durch stillschweigende Hinnahme in Abwesenheit jeglichen Protests, und in einigen Fällen durch direkte Honorierung seitens Staaten und internationalen Organisationen, d.h. seitens der Vereinigten Staaten, als sie im Jahr 2000 die geschäftsführende Regierung um Erlaubnis ersuchten, die Prozessakten des Schiedsverfahrens einzusehen;⁴³ seitens Ruandas, als es im gleichen Jahr die *geschäftsführende* Regierung über seine Absicht informierte, die langwierige Besetzung des Hawaiischen Königreichs der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu melden;⁴⁴ seitens Chinas, als es im Jahr 2001 von der *geschäftsführenden* Regierung die von dieser als Nichtmitgliedsstaat der Vereinten Nationen eingereichte Beschwerde entgegennahm, während es die Präsidentschaft des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen innehatte;⁴⁵ seitens Katar, als es im Jahr 2012 von der *geschäftsführenden Regierung* den von dieser als Nichtmitgliedsstaat der Vereinten Nationen eingereichten Protest und Anspruch [‘protest and demand’] entgegennahm, während es die 66. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen präsidierte;⁴⁶ seitens der Schweiz, als sie im Jahr 2013 von der *geschäftsführenden* Regierung die Beitrittsurkunde zu den Genfer Konventionen von 1949 als Staat entgegennahm, während sie als Treuhänder für diese Konventionen fungierte;⁴⁷ und seitens des Weltpostvereins in Bern, der im gleichen Jahr von der *geschäftsführenden* Regierung eine Beweisführung der kontinuierlichen Mitgliedschaft des Hawaiischen Königreichs seit 1882 entgegennahm.
30. Des weiteren empfing die Völkerrechtsdirektion des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten in Bern am 26. März 2014 den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Hawaiischen Königreichs und nahm sein an seine Exzellenz Didier Burkhalter, Präsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten gerichtete Beglaubigungsschreiben gemeinsam mit einer Kopie seiner

⁴³ Cf. “War Crimes Report,” Appendix III, Abs. 3.4.

⁴⁴ Id., Abs. 3.5.

⁴⁵ Id., Abs. 3.6.

⁴⁶ Id.

⁴⁷ Id.

Ernennungsurkunde und seinem Lebenslauf entgegen. Das Hawaiische Königreich steht seitdem in Verhandlungen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft bezüglich der langwierigen Besetzung und der Pflichten und Obliegenheiten der Schweiz als kontrahierende Partei der Genfer Konvention IV von 1949 und des Hawaiisch-Schweizerischen Vertrages von 1864.

d. Die BUNDESANWALTSCHAFT ist präkludiert, die Existenz des Hawaiischen Königreiches als Staat zu verneinen

31. Die Existenz des Hawaiischen Königreichs als „Staat“ ist eine Faktenfrage, die durch Schlüsse aus Fakten und Beweisen beantwortet werden muss. Die Tatsache steht ausser Frage, dass, als das Hawaiische Königreich am 20. Juli 1864 mit der Schweiz einen Freundschafts-, Niederlassungs- und Handelsvertrag abschloss, beide kontrahierenden Parteien einander als unabhängige Staaten anerkannten, und dass gemäss des Ständigen Schiedshofes im berühmten *Lotus*-Fall Einschränkungen der Unabhängigkeit von Staaten nicht vorausgesetzt werden können.⁴⁸ Des weiteren gibt es die Rechtsvermutung der Kontinuität eines Staates trotz der Abwesenheit seiner Regierung, und die Rechtsvermutung, dass Okkupation [‚belligerent occupation‘] den Staat nicht auslöscht.⁴⁹
32. Mit anderen Worten kann die Kontinuität des Hawaiischen Königreichs als Staat nur in Verweis auf eine gültige Rechtfertigung eines legalen Eigentums- bzw. Souveränitätsrechts seitens der Vereinigten Staaten zurückgewiesen werden, und in deren Abwesenheit bleibt die Rechtsvermutung bestehen. Sich auf ein internes Gesetz der Vereinigten Staaten zu berufen, das vorgibt einen unabhängigen Staat annektiert zu haben, ist ein schwerwiegender Irrtum, besonders, wenn ausgerechnet das Amt des Justizministers [‚Attorney General’s Office‘] der Vereinigten Staaten im Jahre 1988 feststellte, dass es „unklar ist, welches verfassungsmässige Recht der Kongress ausübte, als er sich Hawai‘i durch eine Gemeinsame Resolution aneignete („it is...unclear which constitutional power Congress exercised when it acquired Hawaii by joint resolution“).“⁵⁰ Im Übrigen sind Gesetze des Kongresses der Vereinigten Staaten keine Quellen des Völkerrechts und haben daher keinen Einfluss auf die Souveränität des Hawaiischen Königreichs als Staat, oder auf die sich aus dem Hawaiisch-Schweizerischen Vertrag ergebenden Pflichten und Obliegenheiten.

⁴⁸ Cf. *Lotus*, 18.

⁴⁹ Cf. CRAWFORD, 34.

⁵⁰ Cf. Kmiec, 252.

33. In Anbetracht des Dargelegten ist die BUNDESANWALTSCHAFT präkludiert, die Existenz des Hawaiischen Königreiches als Staat zu verneinen, es sei denn ihr Amt kann einen unanfechtbaren Beweis des Gegenteils vorlegen, z. B. eine Verfügung eines internationalen Tribunals, das die hawaiische Souveränität durch die Souveränität der Vereinigten Staaten ersetzt, oder eines Abtretungsvertrags, durch den der hawaiische Staat ausgelöscht wurde. Es existieren weder eine solche Verfügung noch ein Abtretungsvertrag. Sobald die BUNDESANWALTSCHAFT detaillierte Informationen und Beweise erhalten hat, dass Kriegsverbrechen begangen wurden, ist die formale Eröffnung einer strafrechtlichen Untersuchung nach Art. 309(1)(a) und (c), StPO vorgeschrieben.

B. Klagebegehren

Die BESCHWERDEFÜHRER verlangen durch ihren Bevollmächtigten vom Ehrenwerten Gericht, dass ihrer Beschwerde entsprochen wird und dass die BUNDESANWALTSCHAFT aufgefordert wird, die in der Strafanzeige von den BESCHWERDEFÜHRERN angeschuldigten mutmasslichen Straftäter gerichtlich zu belangen, gemäss des Prinzips, dass Kriegsverbrechen nicht straflos begangen werden können.

Datiert: Honolulu, Hawai‘i, den 17. Februar 2016



Dr. DAVID KEANU SAI
Bevollmächtigter der Beschwerdeführer

Anlage “1”

ERKLÄRUNG VON DR. DAVID KEANU SAI

Ich, Dr. David Keanu Sai, erkläre an Eides statt, dass folgendes wahr und korrekt ist:


1. Ich habe von 1999 bis 2001 in einem unter der Schirmherrschaft des Ständigen Schiedshofs („Permanent Court of Arbitration,“ hiernach „PCA“) abgehaltenen Schiedsverfahren, *Lance Paul Larsen v. The Hawaiian Kingdom*, als Bevollmächtigter für das Hawaiische Königreich gedient.
2. Bevor das *ad hoc* Schiedsgericht eingesetzt wurde, ersuchte Generalsekretär van den Hout vom Internationalen Amt des PCA den Unterzeichneten, in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Hawaiischen Königreichs, eine formelle Einladung an die Vereinigten Staaten von Amerika zu richten, an dem Schiedsverfahren teilzunehmen. Der Generalsekretär ersuchte den Unterzeichneten darum, diese Einladung zu dokumentieren und beim Sekretariat des PCA einreichen zu lassen.
3. Die Hawaiische Regierung sah diese Handlung als eine tatsächliche Kundmachung gegenüber den Vereinigten Staaten, dass das Hawaiische Königreich als Staat weiterbesteht und seine Regierung in einem internationalen Schiedsverfahren mit einem Hawaiischen Untertanen involviert ist. Die Hawaiische Regierung erkannte auch, dass diese Handlung entscheiden würde, ob der PCA institutionelle Zuständigkeit hat, bevor er die Einsetzung eines *ad hoc* Schiedsgerichts ermöglichen konnte.
4. Am 3. März 2000 wurde in Washington, D.C., ein Konferenzgespräch zwischen John Crook, Assistierender Rechtsberater für Angelegenheiten der Vereinten Nationen [„Assistant Legal Advisor for United Nations Affairs“] im amerikanischen Außenministerium [„Department of State“], dem Unterzeichneten als Bevollmächtigtem der Hawaiischen Regierung, und Frau Ninia Parks, *Esquire*, der Anwältin von Lance Paul Larsen, durchgeführt. Mit Zustimmung des Klägers lud dabei die Hawaiische Regierung formell die Vereinigten Staaten ein, an dem Schiedsverfahren teilzunehmen.
5. Nach dem Konferenzgespräch wurde am gleichen Tag Herrn Crook ein das Gespräch bestätigender Brief zugestellt, und eine Kopie des Briefes wurde an das Sekretariat des PCA überstellt.¹ Später im gleichen Monat teilte die Botschaft der Vereinigten Staaten in Den Haag dem PCA mit, dass die Vereinigten Staaten an dem Schiedsverfahren nicht teilnehmen würden, aber die Hawaiischen Regierung und Larsen um Erlaubnis bitten würden, Zugang zu allen Prozessakten zu bekommen. Die Erlaubnis hierfür wurde erteilt, was als explizite Anerkennung der Kontinuität des Hawaiischen

¹ “Letter Confirming Telephone Conversation of March 3, 2000 Relating to Arbitral Proceedings at the Permanent Court of Arbitration, Lance Paul Larsen vs. The Hawaiian Kingdom,” 1 HAWAIIAN JOURNAL OF LAW & POLITICS 296 (2004), einsehbar unter http://hawaiiankingdom.org/pdf/Ltr_to_State_Dept_3_3_2000.pdf. Cf. auch “War Crimes Report,” Appendix III, Abs. 3.2.

- Königreichs als Staat und seiner Regierung durch die Vereinigten Staaten diene.
6. Nachdem das Sekretariat des PCA verifiziert hatte, dass es in Bezug auf das Weiterbestehen des Hawaiischen Königreichs als Staat seitens der Vereinigten Staaten keine Infragestellung gab, wurde das *ad hoc* Schiedsgericht im April 2000 eingesetzt, und darauffolgend Schriftsätze eingereicht, und im Dezember 2000 im Verhandlungssaal des PCA eine mündliche Verhandlung abgehalten.²
 7. Das Schiedsgericht bestand aus Professor James Crawford, SC, als Vorsitzendem Richter, und Professor Christopher Greenwood, QC, und Gavan Griffith, QC, als beisitzenden Richtern. Professor Crawford und Professor Greenwood fungieren jetzt als Richter am Internationalen Gerichtshof [,International Court of Justice‘].
 8. Der Schiedsspruch wurde beim PCA am 5. Februar 2001 eingereicht. Darin wird festgestellt, dass Larsen, um seine Anschuldigung wegen Nachlässigkeit seitens der Hawaiischen Regierung aufrechtzuerhalten, die Teilanahme der Vereinigten Staaten an dem Schiedsverfahren als unentbehrliche dritte Partei benötigte, gemäss dem durch den Internationalen Gerichtshof [,International Court of Justice‘] in den Fällen *the Case concerning Monetary Gold Removed from Rome, ICJ Reports 1954* (21 ILR 399), *the Case concerning Certain Phosphate Lands on Nauru, ICJ Reports 1992* (97 ILR 1), und *the Case concerning East Timor, ICJ Reports 1995* (105 ILR 226) formulierten Prinzip. Das Schiedsgericht kam zu dem Schluss, dass die Vereinigten Staaten eine notwendige dritte Partei sind, und deshalb das Schiedsverfahren nicht fortgeführt werden konnte.³
 9. Beigefügt als Beilage „A“ ist eine wahre und korrekte Kopie der Ansicht des Falls *Larsen v. Hawaiian Kingdom* in der Auflistung der verhandelten Fälle [‘case repository’] auf der Internetseite des PCA, die das Hawaiische Königreich explizit als “Staat” [‘state’] identifiziert, und Lance Paul Larsen als “Privatpartei” [‘private entity’].

ICH ERKLÄRE AN EIDES STATT, DASS DAS VORAUSGEHENDE WAHR UND KORREKT IST.

DATIERT: Honolulu, Hawai‘i, den 15. Februar 2016



Dr. David Keanu Sai

² Die mündliche Verhandlung fand am 7., 8. und 11. Dezember 2000 im Verhandlungssaal des Ständigen Schiedshofs statt. Videoaufnahmen von Teilen der Verhandlung sind unter <https://vimeo.com/17007826> einsehbar.

³ Cf. *Larsen v. Hawaiian Kingdom*, 598.

Beilage “A”



Permanent Court of Arbitration

PCA Case Repository

Larsen/Hawaiian Kingdom

Case name	Larsen/Hawaiian Kingdom
Case description	Dispute between Lance Paul Larsen (Claimant) and The Hawaiian Kingdom (Respondent) whereby a) Lance Paul Larsen, a Hawaiian subject, alleges that the Government of the Hawaiian Kingdom is in continual violation of its 1849 Treaty of Friendship, Commerce and Navigation with the United States of America, and in violation of the principles of international law laid [down] in the Vienna Convention on the Law of Treaties, 1969, by allowing the unlawful imposition of American municipal laws over claimant's person within the territorial jurisdiction of the Hawaiian Kingdom. b) Lance Paul Larsen, a Hawaiian subject, alleges that the Government of the Hawaiian Kingdom is also in continual violation of the principles of international comity by allowing the unlawful imposition of American municipal laws over the claimant's person within the territorial jurisdiction of the Hawaiian Kingdom.
Name(s) of claimant(s)	Lance Paul Larsen (Private entity)
Name(s) of respondent(s)	The Hawaiian Kingdom (State)
Names of parties	
Case number	
Administering institution	Permanent Court of Arbitration (PCA)
Case status	Concluded
Type of case	Other proceedings
Subject matter or economic sector	Treaty interpretation
Rules used in arbitral proceedings	UNCITRAL Arbitration Rules 1976
Treaty or contract under which proceedings were commenced	Other The 1849 Treaty of Friendship, Commerce and Navigation with the United States of America
Language of proceeding	English
Seat of arbitration (by country)	Netherlands
Arbitrator(s)	Dr. Gavan Griffith QC Professor Christopher J. Greenwood QC Professor James Crawford SC (President of the Tribunal)
Representatives of the claimant(s)	Ms. Ninia Parks, Counsel and Agent
Representatives of the respondent(s)	Mr. David Keanu Sai, Agent Mr. Peter Umialiloa Sai, First deputy agent Mr. Gary Victor Dubin, Second deputy agent and counsel
Representatives of the parties	

Number of arbitrators in case 3

Date of commencement of proceeding [dd-mm-yyyy] 08-11-1999

Date of issue of final award [dd-mm-yyyy] 05-02-2001

Length of proceedings 2-3 years

Additional notes

Attachments

- Other -

- ["Annex 1 - President Cleveland's Message to the Senate and the House of Representatives " - 18-12-1893 \(English\)](#)
- ["Joint Resolution - To acknowledge the 100th anniversary of the January 17, 1893 overthrow of the Kingdom of Hawaii, and to offer an apology to the native Hawaiians on behalf of the United States for the overthrow of the Kingdom of Hawaii." - 23-11-1993 \(English\)](#)
- ["Case Cover Page" - 15-05-2014 \(English\)](#)

Award or other decision

- ["Arbitral Award" - 15-05-2014 \(English\)](#)



Powered by the Permanent Court of Arbitration, All Rights Reserved.

English (Translation)

DR. DAVID KEANU SAI, PH.D.

POLITICAL SCIENTIST

C/O

GRAND LANCY/GE

February 17, 2016

The Federal Criminal Court Objections Chamber
P.O. Box 2720
CH-6501 Bellinzona/TI

Re: Objection to Decision by the Office of the Attorney General dated January 28, 2016

To whom it may concern,

Enclosed please find an objection to the decision of the Office of the Attorney General dated January 28, 2016.

Sincerely,

A handwritten signature in black ink, appearing to read "David Keanu Sai". The signature is fluid and cursive, with a distinct dot at the end of the last word.

Dr. David Keanu Sai, Ph.D.

THE FEDERAL CRIMINAL COURT OBJECTIONS CHAMBER

OBJECTION

Dr. [REDACTED] ai, Ph.D.

[REDACTED]
[REDACTED] y/GE

Attorney for Objectors

Federal Criminal Court Objections Chamber
P.O. Box 2720
CH-6501 Bellinzona/TI

OBJECTION
(Pursuant to Art. 393 ff. StPO)

Mr. Kale Kepekaio Gumapac and Mr. [REDACTED] (hereafter collectively known as OBJECTORS), by and through their attorney-in-fact, respectfully objects to the January 28, 2016 decision of the Office of the Attorney General (hereafter ATTORNEY GENERAL) regarding the war crime complaints by OBJECTOR Gumapac, a Hawaiian subject, and OBJECTOR [REDACTED] according to Article 264C, paragraph 1, lit. d and 264g, paragraph 1, lit. c StGB [Swiss Criminal Code]; Art. 108 and 109 aMStG [Swiss Military Criminal Code].

I. STATEMENT OF FACTS:

1. On January 28, 2016, the ATTORNEY GENERAL concluded that Swiss authorities will not accept the war crime complaints according to Art. 310 StPO [Swiss Criminal Procedure] in connection with Art. 319 StPO that were received by the ATTORNEY GENERAL on August 25, 2015.
2. On behalf of the undersigned, [REDACTED] acknowledged receipt of the report on February 13, 2016.
3. This decision can be objected according to Art. 393 ff. StPO within 10 days after transmission or publication, in writing to the Federal Criminal Court Appeals Chamber, P.O. Box 2720, CH-6501 Bellinzona/TI. The tenth day falls on February 23, 2016.

II. ISSUES PRESENTED AND RELIEF SOUGHT

A. Issues Presented

1. The ATTORNEY GENERAL justified the decision to decline war crime investigations because the elements of the offense concerned have not been fulfilled according to Article 310, paragraph 1, lit. A StPO.
2. The primary reason for denying the investigation is that the United States annexed the Republic of Hawai'i in the year 1898, which it alleges represented the former Kingdom of Hawai'i. The ATTORNEY GENERAL explained, "The resolution providing the basis of the annexation transferred all rights of sovereignty in and over the Hawaiian Islands and the territories depending on Hawai'i with the consent of the government of Republic of Hawai'i to the United States of America and rendered this American territory (compare 55th Congress of the United States of America, Joint Resolution to

Provide for Annexing the Hawaiian Islands to the United States of July 7, 1898). On August 21, 1959, Hawai‘i was admitted as the 50th Federal State into the Union of the United States.”

3. Furthermore, the ATTORNEY GENERAL concluded, “Hawai‘i thus is recognized by official Switzerland as a part of the United States and in the relevant period from 2006 to 2013 in the view of Switzerland was neither completely nor partly occupied by the United States which right from the beginning excludes an application of the Geneva Conventions and Art. 108 and 109 aMSTG respectively Art. 264 b StGB based on them.”
4. The OBJECTORS, by their attorney, incorporate, as though fully set forth herein, the information in the report dated December 7, 2014 entitled “War Crimes Report: International Armed Conflict and the Commission of War Crimes in the Hawaiian Islands (hereafter “War Crimes Report”),” which accompanied the aforementioned complaints. The War Crimes Report concluded three primary issues that form the legal and historical basis for the OBJECTORS’ complaint: (a) the Hawaiian Kingdom existed as an independent State; (b) the Hawaiian Kingdom continues to exist as an independent State despite the illegal overthrow of its government by the United States, and (c) war crimes are being committed in violation of international humanitarian law.
5. The ATTORNEY GENERAL’S reliance on the joint resolution to provide annexing the Hawaiian Islands to the United States on July 7, 1898 is in plain error on four fundamental points. *First*, United States Congressional laws are not a source of international law; *second*, there is no agreement between the United States and the self-declared Republic of Hawai‘i recognizable under both United States law and international law; *third*, Switzerland was aware of the continuity of the Hawaiian Kingdom as a State when international arbitration proceedings took place under the auspices of the Permanent Court of Arbitration from 1999-2001; and, *fourth*, the ATTORNEY GENERAL is precluded from denying the existence of the Hawaiian Kingdom as a State.

a. United States Congressional laws are not a source of international law

6. Sources of international law are, in rank of precedence: international conventions, international custom, general principles of law recognized by civilized nations, and judicial decisions and the teachings of the most highly

qualified publicists of the various nations.¹ Legislation of every independent State, to include the United States of America and its Congress, is not a source of international law, but rather a source of municipal law of the State whose legislature enacted it. In *The Lotus*, the international court stated, “Now the first and foremost restriction imposed by international law upon a State is that—failing the existence of a permissive rule to the contrary—it may not exercise its power in any form in the territory of another State.”² According to Crawford, derogation of this principle will not be presumed, which he refers to as the *Lotus* presumption.³

7. Since Congressional legislation, whether by a statute or a joint resolution, has no extraterritorial effect, it is not a source of international law, which “governs relations between independent States.”⁴ The United States Supreme Court has always adhered to this principle. In *United States v. Curtiss Wright Export Corp.*, the U.S. Supreme Court stated, “Neither the Constitution nor the laws passed in pursuance of it have any force in foreign territory unless in respect of our own citizens, and operations of the nation in such territory must be governed by treaties, international understandings and compacts, and the principles of international law.”⁵ In *The Apollon*, the Supreme Court concluded, “The laws of no nation can justly extend beyond its own territories except so far as regards its own citizens. They can have no force to control the sovereignty or rights of any other nation within its own jurisdiction.”⁶
8. For Switzerland to claim that domestic law has the power to annex a foreign State is tantamount to recognizing Germany’s purported annexation of Luxembourg during World War II and Iraq’s purported annexation of Kuwait during the Gulf War. Furthermore, the United States (as well as Switzerland) is precluded from benefiting from its illegal act under the international law principle *ex injuria jus non oritur*—law does not arise from injustice, which is recognized today as *jus cogens*. According to Brownlie, “when elements of certain strong norms (the *jus cogens*) are involved, it is less likely that recognition and acquiescence will offset the original illegality.”⁷

¹ Article 38, Statute of the International Court of Justice.

² *Lotus*, PCIJ ser. A no. 10 (1927) 18.

³ JAMES CRAWFORD, *THE CREATION OF STATES IN INTERNATIONAL LAW* 41-42 (2nd ed., 2006).

⁴ *See Lotus*, 18.

⁵ *United States v. Curtiss Wright Export Corp.*, 299 U.S. 304, 318 (1936).

⁶ *The Apollon*, 22 U.S. 362, 370 (1824).

⁷ I. Brownlie, *Principles of Public International Law* 80 (4th ed. 1990).

b. There is no Agreement between the United States and the self-declared Republic of Hawai‘i

9. In international relations, the President is the sole organ of the Federal Government, not the Congress; and it is the President that enters into international legal agreements. “He makes treaties with the advice and consent of the Senate, but he alone negotiates. Into the field of negotiation the Senate cannot intrude, and Congress itself is powerless to invade it.”⁸ The United States recognizes two forms of international agreements—treaties and executive agreements. A treaty signifies “a compact made between two or more independent nations with a view to the public welfare.”⁹
10. Under United States law, treaties, as defined under Article II, §2 of the Federal Constitution, also include executive agreements that do not require ratification by the Senate or approval of Congress.¹⁰ In *Weinberger v. Rossi*, the Supreme Court referred to treaties as defined by the Constitution to include both treaties and executive agreements,¹¹ and in *Altman & Co. v. United States*, the Supreme Court referred to executive agreements being treaties.¹²
11. The ATTORNEY GENERAL’S claim that the so-called Republic of Hawai‘i consented to the joint resolution of annexation implies that there is an international agreement, whether by a treaty or an executive agreement. There is no such agreement. This claim of the so-called Republic of Hawai‘i’s consent was probably drawn from the joint resolution itself where it states, “Whereas the Government of the Republic of Hawai‘i having, in due form, signified its consent, in the manner provided by its constitution, to cede absolutely and without reserve to the United States of America all rights of sovereignty of whatsoever kind in and over the Hawaiian Islands and their dependencies.”¹³ A joint resolution is not a contract between two States, but rather an agreement between the House of Representatives and the Senate of the United States Congress.

⁸ See *United States v. Curtiss Wright Export Corp.*, at 318.

⁹ *Altman & Co. v. United States*, 224 U. S. 583, 600 (1912).

¹⁰ See *United States v. Belmont*, 301 U.S. 324, 330 (1937); *United States v. Pink*, 315 U.S. 203, 223 (1942); and *American Insurance Ass. v. Garamendi*, 539 U.S. 396, 415 (2003).

¹¹ *Weinberger v. Rossi*, 456 U.S. 25 (1982).

¹² *Altman & Co. v. United States*, 224 U.S. 583 (1912).

¹³ 30 U.S. Stat. 750 (1898).

12. This so-called consent was referring to the Treaty of Annexation dated June 16, 1897 that was signed in Washington, D.C., by the so-called Republic of Hawai‘i and United States President William McKinley. This treaty, however, was not ratified by the United States Senate because of diplomatic protests filed by Queen Lili‘uokalani and a petition of 21,269 signatures of Hawaiian subjects and residents of the Hawaiian Kingdom protesting the annexation attempt by a treaty, which was made a part of the Senate records in December 1897.¹⁴

13. The joint resolution was introduced as House Resolution no. 259 on May 4, 1898, after the Senate could not garner enough votes to ratify the so-called treaty of annexation. During the debate in the Senate, a list of Senators rebuked the theory that a joint resolution has the effect of annexing a foreign territory. Senator Augustus Bacon, stated, “The proposition which I propose to discuss is that a measure which provides for the annexation of foreign territory is necessarily, essentially, the subject matter of a treaty, and that the assumption of the House of Representatives in the passage of the bill and the proposition on the part of the Foreign Relations Committee that the Senate shall pass the bill, is utterly without warrant in the Constitution.”¹⁵ Senator William Allen stated, “A Joint Resolution if passed becomes a statute law. It has no other or greater force. It is the same as if it would be if it were entitled ‘an act’ instead of ‘A Joint Resolution.’ That is its legal classification. It is therefore impossible for the Government of the United States to reach across its boundary into the dominion of another government and annex that government or persons or property therein. But the United States may do so under the treaty making power.”¹⁶ Senator Thomas Turley stated, “The Joint Resolution itself, it is admitted, amounts to nothing so far as carrying any effective force is concerned. It does not bring that country within our boundaries. It does not consummate itself.”¹⁷

14. In a speech in the Senate where the Senators knew that the 1897 treaty was not ratified, Senator Stephen White stated, “Will anyone speak to me of a ‘treaty’ when we are confronted with a mere proposition negotiated between the plenipotentiaries of two countries and ungratified by a tribunal—this Senate—whose concurrence is necessary? There is no treaty; no one can reasonably aver that there is a treaty. No treaty can exist unless it has attached

¹⁴ David Keanu Sai, *War Crimes Report: International Armed Conflict and the Commission of War Crimes in the Hawaiian Islands*, para. 5.10 (Dec. 7, 2014).

¹⁵ 31 Cong. Rec. 6145 (June 20, 1898).

¹⁶ *Id.*, 6636 (July 4, 1898).

¹⁷ *Id.*, 6339 (June 25, 1898).

to it not merely acquiescence of those from whom it emanates as a proposal. It must be accepted—joined in by the other party. This has not been done. There is therefore, no treaty.”¹⁸ Senator Allen also rebuked that the joint resolution was a contract or agreement with the so-called Republic of Hawai‘i. He stated, “Whenever it becomes necessary to enter into any sort of compact or agreement with a foreign power, we cannot proceed by legislation to make that contract.”¹⁹

15. According to Westel Willoughby, a United States constitutional scholar, “The constitutionality of the annexation of Hawaii, by a simple legislative act, was strenuously contested at the time both in Congress and by the press. The right to annex by treaty was not denied, but it was denied that this might be done by a simple legislative act...Only by means of treaties, it was asserted, can the relations between States be governed, for a legislative act is necessarily without extraterritorial force—confined in its operation to the territory of the State by whose legislature it is enacted.”²⁰ This is analogous to the proposition that the United States could unilaterally annex Switzerland by enacting a joint resolution of annexation. Furthermore, in 1988, the United States Attorney General reviewed these Congressional records and stated, “Notwithstanding these constitutional objections, Congress approved the joint resolution and President McKinley signed the measure in 1898. Nevertheless, whether this action demonstrates the constitutional power of Congress to acquire territory is certainly questionable.”²¹ The Attorney General then concluded, “It is therefore unclear which constitutional power Congress exercised when it acquired Hawaii by joint resolution.”²²

16. The so-called Republic of Hawai‘i was the successor of a provisional government unlawfully established on January 17, 1893 through United States intervention.²³ A Presidential investigation found that the United States illegally overthrew the Hawaiian government, and concluded that the provisional government “was neither a government *de facto* nor *de jure*,”²⁴ but self-declared.

¹⁸ *Id.*, Appendix, 591 (June 21, 1898).

¹⁹ *Id.*, 6636 (July 4, 1898).

²⁰ *See* War Crimes Report, para. 5.9.

²¹ Douglas Kmiec, Department of Justice, *Legal Issues Raised by Proposed Presidential Proclamation to Extend the Territorial Sea*, in 12 OPINIONS OF THE OFFICE OF LEGAL COUNSEL 238, 252 (1988).

²² *Id.*

²³ *See* War Crimes Report, para. 4.8.

²⁴ *Id.*, para. 4.2.

17. When the provisional government changed its name on July 4, 1894, to the Republic of Hawai‘i, it acquired no more authority and remained self-declared.²⁵ This was acknowledged by the 103rd Congress in its *Joint resolution to acknowledge the 100th anniversary of the January 17, 1893 overthrow of the Kingdom of Hawaii, and to offer an apology to Native Hawaiians on behalf of the United States for the overthrow of the Kingdom of Hawai‘i*.²⁶ This joint resolution stated, “Whereas, through the Newlands Resolution, the self-declared Republic of Hawai‘i ceded sovereignty over the Hawaiian Islands to the United States.”²⁷

18. According to *Collins English Dictionary*, self-declared is defined as “according to one’s own testimony or admission.” Self-declared is also self-proclaimed, which, according to *Merriam-Webster Dictionary*, is defined as “giving yourself a particular name, title, etc., usually without any reason or proof that would cause other people to agree with you.” A self-declared entity is not a government of a State recognized by international law, unless it was either *de facto* or *de jure*. Therefore, a self-declared entity could not cede the sovereignty of the Hawaiian State to the United States.

c. Switzerland was aware of the continuity of the Hawaiian Kingdom as a State when international arbitration proceedings took place under the auspices of the Permanent Court of Arbitration from 1999-2001

19. The belligerent occupation of the Hawaiian Kingdom by the United States is unprecedented in international relations, and has lasted nearly 118 years. However, notwithstanding the unlawful overthrow of the Hawaiian government by the United States and its prolonged occupation of the Hawaiian Kingdom since the Spanish-American War, the continuity of the Hawaiian Kingdom as a State has been maintained under international law. According to Judge Crawford, “There is a strong presumption that the State continues to exist, with its rights and obligations...despite a period in which there is no...government. Belligerent occupation does not affect the continuity of the State, even where there exists no government claiming to represent the occupied State.”²⁸

²⁵ *Id.*, para. 9.5.

²⁶ 107 U.S. Stat. 1510 (1993).

²⁷ *Id.*

²⁸ See CRAWFORD, at 34.

20. On In 1996, remedial steps were taken, under the doctrine of necessity, to reinstate the Hawaiian government as it stood under Her Majesty Queen Lili‘uokalani on January 17, 1893.²⁹ In accordance with the Hawaiian constitution and the principle of necessity, a Council of Regency was established to serve in the absence of the executive monarch.³⁰ In *Madzimbamuto v. Lardner-Burke*, Lord Pearce states there are certain limitations to the principle of necessity, “namely (a) so far as they are directed to and reasonably required for ordinary orderly running of the State, and (b) so far as they do not impair the rights of citizens under the lawful...Constitution, and (c) so far as they are not intended to and do not run contrary to the policy of the lawful sovereign.”³¹ According to de Smith, deviations from a State’s constitutional order “can be justified on grounds of necessity.”³² He also explains, “State necessity has been judicially accepted in recent years as a legal justification for ostensibly unconstitutional action to fill a vacuum arising within the constitutional order [and to] this extent it has been recognized as an implied exception to the letter of the constitution.”³³

21. By virtue of this process, a provisional Government, comprised of officers *de facto*—not to be confused with a *de facto* government, was established and has since represented the Hawaiian Kingdom as a State, which was explicitly recognized by the Secretariat of the Permanent Court of Arbitration,

²⁹ See War Crimes Report, Appendix III—The *acting* Government of the Hawaiian Kingdom.

³⁰ Establishing the Hawaiian Regency was analogous to the establishment of the Belgian Regency in 1940 after the Belgian King was captured by German forces. According to Oppenheimer, “As far as Belgium is concerned, the capture of the king did not create any serious constitutional problems. According to Article 82 of the Constitution of February 7, 1821, as amended, the cabinet of ministers have to assume supreme executive power if the King is unable to govern. True, the ministers are bound to convene the House of Representatives and the Senate and to leave it to the decision of the united legislative chambers to provide for a regency; but in view of the belligerent occupation it is impossible for the two houses to function. While this emergency obtains, the powers of the King are vested in the Belgian Prime Minister and the other members of the cabinet.” F.E. Oppenheimer, “Governments and Authorities in Exile,” 36 AM. J. INT’L L. 569 (1942).

³¹ *Madzimbamuto v. Lardner-Burke*, 1 A.C. 645, 732 (1969).

³² STANLEY A. DE SMITH, CONSTITUTIONAL AND ADMINISTRATIVE LAW, 80 (1986).

³³ *Id.* The principle of necessity is also covered under Article 9 of the *Draft articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts* (2001)—“The conduct of a person or group of persons shall be considered an act of a State under international law if the person or group of persons is in fact exercising elements of the governmental authority in the absence or default of the official authorities and in circumstances such as to call for the exercise of those elements.” According to the International Law Commission, “Article 9 establishes three conditions which must be met in order for conduct to be attributable to the State: first, the conduct must effectively relate to the exercise of elements of the governmental authority, secondly, the conduct must have been carried out in the absence or default of the official authorities, and thirdly, the circumstances must have been such as to call for the exercise of those elements of authority.” *Draft articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts, with commentaries* (2001), Text adopted by the International Law Commission at its fifty-third session, in 2001, and submitted to the General Assembly as a part of the Commission’s report covering the work of that session (A/56/10), p. 49.

hereinafter referred to as “PCA,” in *Larsen v. The Hawaiian Kingdom*.³⁴ From November 8, 1999 through February 5, 2001, international arbitration proceedings were held under the PCA’s institutional jurisdiction, which provided for dispute settlement between a “State” and a “private party.” The undersigned is very familiar with these arbitral proceedings, because I served as Agent for the Hawaiian Kingdom.

22. Originally, the PCA’s institutional jurisdiction was limited to disputes between States, but the Court has since expanded its institutional jurisdiction to include disputes between: a “State and an international organization (i.e. an intergovernmental organization); Two or more international organizations; [a] State and a private party; and [an] international organization and a private party.”³⁵
23. The dispute between Larsen (private party) and the Hawaiian Kingdom (State) centered on the allegation of negligence, whereby “(a) Lance Paul Larsen, a Hawaiian subject, alleges that the Government of the Hawaiian Kingdom is in continual violation of its 1849 Treaty of Friendship, Commerce and Navigation with the United States of America, and in violation of the principles of international law laid [down] in the Vienna Convention on the Law of Treaties, 1969, by allowing the unlawful imposition of American municipal laws over claimant’s person within the territorial jurisdiction of the Hawaiian Kingdom; (b) Lance Paul Larsen, a Hawaiian subject, alleges that the Government of the Hawaiian Kingdom is also in continual violation of the principles of international comity by allowing the unlawful imposition of American municipal laws over the claimant’s person within the territorial jurisdiction of the Hawaiian Kingdom.”³⁶
24. According to the *American Journal of International Law*, “At the center of the PCA proceeding was...that the Hawaiian Kingdom continues to exist and that the Hawaiian Council of Regency (representing the Hawaiian Kingdom) is legally responsible under international law for the protection of Hawaiian subjects, including the claimant. In other words, the Hawaiian Kingdom was legally obligated to protect Larsen from the United States’ ‘unlawful imposition [over him] of [its] municipal laws’ through its political subdivision,

³⁴ Permanent Court of Arbitration Case Repository, Case View, *Lance Paul Larsen v. The Hawaiian Kingdom* (1999-2001), available at <http://www.pcacases.com/web/view/35>.

³⁵ United Nations Conference on Trade and Development, *Dispute Settlement—General Topics: 1.3 Permanent Court of Arbitration*, 15 (2003), available at http://unctad.org/en/docs/edmmisc232add26_en.pdf.

³⁶ *Id.*, see also *Larsen v. Hawaiian Kingdom*, at 569.

the State of Hawaii. As result of this responsibility, Larsen submitted, the Hawaiian Council of Regency should be liable for any international law violations that the United States had committed against him.”³⁷

25. The following narrative of events is drawn from the undersign’s Declaration attached hereto as “Appendix “1.”

1. I served as Agent for the Hawaiian Kingdom in arbitration proceedings held under the auspices of the Permanent Court of Arbitration (hereinafter referred to as “PCA”), in *Lance Paul Larsen v. The Hawaiian Kingdom*, from 1999-2001.
2. Before establishing the *ad hoc* arbitral tribunal, Secretary General van den Hout, of the PCA’s International Bureau, made a request of the declarant, as Agent for the Hawaiian government, in February 2000 to provide a formal invitation to the United States of America (hereinafter referred to as “United States”) to join in the arbitration. The Secretary General requested from the declarant that the invitation be documented and filed with the PCA’s Secretariat.
3. The Hawaiian government saw this action as actual notice to be given to the United States of the Hawaiian Kingdom’s continued existence as a State with its government in international arbitration with a Hawaiian subject. The Hawaiian government also understood that this action would also determine if the PCA had institutional jurisdiction before it could facilitate the establishment of the *ad hoc* arbitral tribunal.
4. On March 3, 2000, a conference call meeting was held in Washington, D.C., between John Crook, Assistant Legal Advisor for United Nations Affairs, at the United States Department of State, and the declarant, as Agent for the Hawaiian government, with Ms. Ninia Parks, *Esquire*, counsel for Lance Paul Larsen. The Hawaiian government, with the consent of the claimant, formally invited the United States to join in the arbitration.
5. Following the conference call on that same day, a letter confirming the meeting was sent to Mr. Crook, a copy of which was sent to the Secretary General of the PCA.³⁸ Later that month, the United States Embassy at The Hague notified the PCA that the United States would

³⁷ Bederman & Hilbert, *Arbitration—UNCITRAL Rules—justiciability and indispensable third parties—legal status of Hawaii*, 95 AM. J. INT’L L. 927, 928 (2001).

³⁸ “Letter Confirming Telephone Conversation of March 3, 2000 Relating to Arbitral Proceedings at the Permanent Court of Arbitration, *Lance Paul Larsen vs. The Hawaiian Kingdom*,” 1 HAW. J.L. & POL. 296 (2004), available at http://hawaiiankingdom.org/pdf/Ltr_to_State_Dept_3_3_2000.pdf. See also War Crimes Report, Appendix III, at para. 3.2.

not be joining in the arbitration, but requested permission, from the Hawaiian government and from Larsen, to access all records of the case. Permission was granted, which served as explicit recognition by the United States of the continuity of the Hawaiian Kingdom as a State and its government.

6. After the PCA's Secretariat verified there was no challenge by the United States as to the continued existence of the Hawaiian Kingdom as a State, the *ad hoc* arbitral tribunal was constituted in April of 2000, after which, written pleadings were submitted, and oral hearings were held in the PCA's hearing room in December of 2000.³⁹
7. The Tribunal was comprised of Professor James Crawford, SC, as the presiding arbitrator, and Professor Christopher Greenwood, QC, and Gavan Griffith, QC, as associate arbitrators. Professors Crawford and Greenwood now serve as Judges on the International Court of Justice.
8. The arbitration award was filed with the PCA on February 5, 2001, and concluded that in order for Larsen to maintain his allegation of negligence on the part of the Hawaiian government, he needed the participation of the United States in the arbitration, as a necessary third party, pursuant to the principle set by the International Court of Justice in *the Case concerning Monetary Gold Removed from Rome, ICJ Reports 1954* (21 ILR 399), *the Case concerning Certain Phosphate Lands on Nauru, ICJ Reports 1992* (97 ILR 1), and *the Case concerning East Timor, ICJ Reports 1995* (105 ILR 226). The Tribunal concluded the United States to be a necessary third party and therefore the arbitral proceedings could not be maintained.⁴⁰

26. The Swiss Confederation became a member State of the PCA on August 29, 1900 and reaffirmed its membership on July 11, 1910 by acceding to the 1907 Hague Convention, I. The Swiss Confederation has diplomatic representatives accredited to the Netherlands, and, as such, is a member of the PCA's Administrative Council. In its 2001 annual report, the Secretary General reported the *Larsen v. Hawaiian Kingdom* arbitration was the thirty-fourth case to have come before the PCA pursuant to Article 47 of the 1907 Hague Convention, I (Article 26 of the 1899, Hague Convention, I).⁴¹ Article 47 of the 1907 Hague Convention, I, provides, "The jurisdiction of the Permanent

³⁹ Oral hearings were held on December 7, 8, and 11, 2000 at the hearing room of the Permanent Court of Arbitration. Video of a portion of the oral hearings available at <https://vimeo.com/17007826>.

⁴⁰ See *Larsen v. Hawaiian Kingdom*, at 598.

⁴¹ Annex 2—Cases Submitted to Arbitration before the Permanent Court of Arbitration, or Conducted with the Cooperation of the International Bureau, PCA Annual Report (2001), at 44, available at <https://pca-cpa.org/wp-content/uploads/sites/175/2015/12/PCA-annual-report-2001.pdf>.

Court may, within the conditions laid down in the regulations, be extended to disputes between non-Contracting Powers or between Contracting Powers and non-Contracting Powers, if the parties are agreed on recourse to this Tribunal.”

27. Under Article 47, only full sovereign States can be Contracting Powers or non-Contracting Powers because the 1907 Hague Convention, I, is a treaty under international law. In *Island of Palmas* case, which was held under the auspices of the PCA, the arbitrator stated, “As regards *contracts between a State...and native princes or chiefs of peoples* not recognized as members of the community of nations, they are not, in the international law sense, treaties or conventions capable of creating rights and obligations such as may, in international law, arise out of treaties.”⁴²
28. As a member State of the PCA and its Administrative Council, Switzerland was fully aware of the continuity of the Hawaiian Kingdom as a State since, at least, 2001, when it received the annual report from the PCA’s Secretary General. Furthermore, the case view of the *Larsen v. Hawaiian Kingdom* in the PCA’s case repository, clearly acknowledges the Hawaiian Kingdom as a “State” and Lance Paul Larsen as a “Private entity.” The ATTORNEY GENERAL was made aware of the PCA’s acknowledgment by letter from the undersigned dated November 22, 2015, which was acknowledged in the report dated January 28, 2016. A true and correct copy of the case view of *Larsen v. Hawaiian Kingdom* from the PCA’s case repository was attached to the aforementioned letter, as well as attached herein to the Declaration of the undersigned as Exhibit “A.”
29. The *de facto* authority of the *acting* government was acquired through time since the arbitral proceedings were held at the PCA, by acquiescence, in the absence of any protest, and, in some cases, by direct acknowledgment from States and international organizations, *i.e.* United States, when it requested permission from the *acting* government to access the arbitral records in 2000;⁴³ Rwanda, when it provided notice to the *acting* government of its intention to report the prolonged occupation of the Hawaiian Kingdom to the General Assembly in 2000;⁴⁴ China, when it accepted the Complaint as a non-member State of the United Nations from the *acting* government while it served as President of the United Nations Security Council in 2001;⁴⁵ Qatar,

⁴² *Island of Palmas* case (Netherlands/United States of America), Perm. Ct. of Arbitration, 2 U.N. REP. INT’L ARB. AWARDS 829, 858 (1928).

⁴³ See War Crimes Report, Appendix III, at para. 3.4.

⁴⁴ *Id.*, at para. 3.5.

⁴⁵ *Id.*, at para. 3.6.

when it accepted the Protest and Demand, as a non-member State of the United Nations, from the *acting* government, while it served as President of the General Assembly's 66th Session in 2012;⁴⁶ Switzerland, when it accepted the Instrument of Accession, from the *acting* government, as a State, while it served as the repository for the 1949 Geneva Conventions in 2013;⁴⁷ and the Universal Postal Union in Berne when it accepted a documentation of the continuing membership of the Hawaiian Kingdom from the *acting* government in 2013.

30. Furthermore, on March 26, 2014, the Directorate, International Law, Swiss Ministry of Foreign Affairs in Bern, Switzerland, received the Hawaiian Kingdom's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary, and accepted his letter of credence addressed to His Excellency Didier Burhalter, President of the Swiss Confederation and Head of the Federal Department of Foreign Affairs, together with the office copy of his commission and curriculum vitae. The Hawaiian Kingdom has since been in negotiations with the Swiss Confederation on matters of the prolonged occupation and the duties and obligations of Switzerland as a Contracting Power to the 1949 Geneva Convention, IV, and the 1864 Hawaiian-Swiss Treaty.

d. The ATTORNEY GENERAL is precluded from denying the existence of the Hawaiian Kingdom as a State

31. The existence of the Hawaiian Kingdom as a "State" is a question of fact, which must be answered by inferences arising from facts and evidence. There is no question of the fact that when the Hawaiian Kingdom entered into a Treaty of Friendship and Commerce with Switzerland on July 20, 1864, both Contracting Powers recognized each other as independent States, and according to the Permanent Court, in the celebrated *Lotus* case, restrictions upon the independence of States cannot be presumed.⁴⁸ Furthermore, there is a presumption of continuity of a State despite the absence of its government, and that belligerent occupation does not extinguish the State.⁴⁹
32. The continuity of the Hawaiian Kingdom as a State, in other words, may be refuted only by reference to a valid demonstration of legal title, or sovereignty, on the part of the United States, absent of which the presumption remains. To rely on a municipal law of the United States that purports to have annexed an

⁴⁶ *Id.*

⁴⁷ *Id.*

⁴⁸ *See Lotus*, 18.

⁴⁹ *See CRAWFORD*, at 34.


independent State, is in grave error, especially when the United States' very own Attorney General's Office in 1988, concluded it is "unclear which constitutional power Congress exercised when it acquired Hawaii by joint resolution."⁵⁰ Moreover, United States Congressional laws are not a source of international law, and, therefore, have no effect on the sovereignty and independence of the Hawaiian Kingdom as a State, or upon the binding nature of the Hawaiian-Swiss Treaty together with its duties and obligations.

33. In light of the foregoing, the ATTORNEY GENERAL is precluded from denying the existence of the Hawaiian Kingdom as a State unless his office can provide rebuttable evidence to the contrary, *e.g.* a decree from an international tribunal replacing Hawaiian sovereignty with United States sovereignty, or a treaty of cession whereby the Hawaiian State was extinguished. Neither a decree nor a treaty of cession exists. Once the ATTORNEY GENERAL receives precise information and evidence that war crimes have been committed, the formal opening of a criminal investigation is mandatory in accordance with Article 309(1)(a) and (c), StPO.

B. Relief Sought

34. The OBJECTORS, by their attorney, request that this Honorable Court in Chambers grant its objection and direct the ATTORNEY GENERAL to prosecute those alleged perpetrators named in the complaints by the OBJECTORS pursuant to the principle that war crimes cannot be committed with impunity.

DATED: Honolulu, Hawai'i, February 17, 2016.


DAVID KEANU SAI, Ph.D.
Attorney for Objectors

⁵⁰ See Kmiec, at 252.

Attachment “1”

DECLARATION OF DAVID KEANU SAI, PH.D.

I, David Keanu Sai, Ph.D., declares under penalty that the following is true and correct:

1. I served as Agent for the Hawaiian Kingdom in arbitration proceedings held under the auspices of the Permanent Court of Arbitration (hereinafter referred to as “PCA”), in *Lance Paul Larsen v. Hawaiian Kingdom*, from 1999-2001.
2. Before establishing the *ad hoc* arbitral tribunal, Secretary General van den Hout, of the PCA’s International Bureau, made a request of the declarant, as Agent for the Hawaiian government, in February 2000 to provide a formal invitation to the United States of America (hereinafter referred to as “United States”) to join in the arbitration. The Secretary General requested from the declarant that the invitation be documented and filed with the PCA’s Secretariat.
3. The Hawaiian government saw this action as actual notice to be given to the United States of the Hawaiian Kingdom’s continued existence as a State with its government in international arbitration with a Hawaiian subject. The Hawaiian government also understood that this action would also determine if the PCA had institutional jurisdiction before it could facilitate the establishment of the *ad hoc* arbitral tribunal.
4. On March 3, 2000, a conference call meeting was held in Washington, D.C., between John Crook, Assistant Legal Advisor for United Nations Affairs, at the United States Department of State, and the declarant, as Agent for the Hawaiian government, with Ms. Ninia Parks, *Esquire*, counsel for Lance Paul Larsen. The Hawaiian government, with the consent of the claimant, formally invited the United States to join in the arbitration.
5. Following the conference call on that same day, a letter confirming the meeting was sent to Mr. Crook, a copy of which was sent to the Secretary General of the PCA.¹ Later that month, the United States Embassy at The Hague notified the PCA that the United States would not be joining in the arbitration, but requested permission, from the Hawaiian government and from Larsen, to access all records of the case. Permission was granted, which served as explicit recognition by the United States of the continuity of the Hawaiian Kingdom as a State and its government.
6. After the PCA’s Secretariat verified there was no challenge by the United States as to the continued existence of the Hawaiian Kingdom as a State, the

¹ “Letter Confirming Telephone Conversation of March 3, 2000 Relating to Arbitral Proceedings at the Permanent Court of Arbitration, Lance Paul Larsen vs. The Hawaiian Kingdom,” 1 HAW. J.L. & POL. 296 (2004), available at http://hawaiiankingdom.org/pdf/Ltr_to_State_Dept_3_3_2000.pdf. See also War Crimes Report, Appendix III, at para. 3.2.

ad hoc arbitral tribunal was constituted in April of 2000, after which, written pleadings were submitted, and oral hearings were held in the PCA's hearing room in December of 2000.²

7. The Tribunal was comprised of Professor James Crawford, SC, as the presiding arbitrator, and Professor Christopher Greenwood, QC, and Gavan Griffith, QC, as associate arbitrators. Professors Crawford and Greenwood now serve as Judges on the International Court of Justice.
8. The arbitration award was filed with the PCA on February 5, 2001, and concluded that in order for Larsen to maintain his allegation of negligence on the part of the Hawaiian government, he needed the participation of the United States in the arbitration, as a necessary third party, pursuant to the principle set by the International Court of Justice in *the Case concerning Monetary Gold Removed from Rome, ICJ Reports 1954* (21 ILR 399), *the Case concerning Certain Phosphate Lands on Nauru, ICJ Reports 1992* (97 ILR 1), and *the Case concerning East Timor, ICJ Reports 1995* (105 ILR 226). The Tribunal concluded the United States to be a necessary third party and therefore the arbitral proceedings could not be maintained.³
9. Attached hereto as Exhibit "A" is a true and correct copy of the case view of *Lance Paul Larsen v. Hawaiian Kingdom* from the PCA's case repository that explicitly acknowledges the Hawaiian Kingdom as a "State" and Lance Paul Larsen as a "Private entity."

I DECLARE UNDER PENALTY OF PERJURY THAT THE FOREGOING IS TRUE AND CORRECT.

DATED: Honolulu, Hawai'i, February 15, 2016.



David Keanu Sai

² Oral hearings were held on December 7, 8, and 11, 2000 at the hearing room of the Permanent Court of Arbitration. Video of a portion of the oral hearings available at <https://vimeo.com/17007826>.

³ See *Larsen v. Hawaiian Kingdom*, at 598.

Exhibit “A”



Permanent Court of Arbitration

PCA Case Repository

Larsen/Hawaiian Kingdom

Case name	Larsen/Hawaiian Kingdom
Case description	Dispute between Lance Paul Larsen (Claimant) and The Hawaiian Kingdom (Respondent) whereby a) Lance Paul Larsen, a Hawaiian subject, alleges that the Government of the Hawaiian Kingdom is in continual violation of its 1849 Treaty of Friendship, Commerce and Navigation with the United States of America, and in violation of the principles of international law laid [down] in the Vienna Convention on the Law of Treaties, 1969, by allowing the unlawful imposition of American municipal laws over claimant's person within the territorial jurisdiction of the Hawaiian Kingdom. b) Lance Paul Larsen, a Hawaiian subject, alleges that the Government of the Hawaiian Kingdom is also in continual violation of the principles of international comity by allowing the unlawful imposition of American municipal laws over the claimant's person within the territorial jurisdiction of the Hawaiian Kingdom.
Name(s) of claimant(s)	Lance Paul Larsen (Private entity)
Name(s) of respondent(s)	The Hawaiian Kingdom (State)
Names of parties	
Case number	
Administering institution	Permanent Court of Arbitration (PCA)
Case status	Concluded
Type of case	Other proceedings
Subject matter or economic sector	Treaty interpretation
Rules used in arbitral proceedings	UNCITRAL Arbitration Rules 1976
Treaty or contract under which proceedings were commenced	Other The 1849 Treaty of Friendship, Commerce and Navigation with the United States of America
Language of proceeding	English
Seat of arbitration (by country)	Netherlands
Arbitrator(s)	Dr. Gavan Griffith QC Professor Christopher J. Greenwood QC Professor James Crawford SC (President of the Tribunal)
Representatives of the claimant(s)	Ms. Ninia Parks, Counsel and Agent
Representatives of the respondent(s)	Mr. David Keanu Sai, Agent Mr. Peter Umialiloa Sai, First deputy agent Mr. Gary Victor Dubin, Second deputy agent and counsel
Representatives of the parties	

Number of arbitrators in case 3

Date of commencement of proceeding [dd-mm-yyyy] 08-11-1999

Date of issue of final award [dd-mm-yyyy] 05-02-2001

Length of proceedings 2-3 years

Additional notes

Attachments

- Other -

- ["Annex 1 - President Cleveland's Message to the Senate and the House of Representatives " - 18-12-1893 \(English\)](#)
- ["Joint Resolution - To acknowledge the 100th anniversary of the January 17, 1893 overthrow of the Kingdom of Hawaii, and to offer an apology to the native Hawaiians on behalf of the United States for the overthrow of the Kingdom of Hawaii." - 23-11-1993 \(English\)](#)
- ["Case Cover Page" - 15-05-2014 \(English\)](#)

Award or other decision

- ["Arbitral Award" - 15-05-2014 \(English\)](#)



Powered by the Permanent Court of Arbitration, All Rights Reserved.